



Eine Million Elektroautos? „Ein Hirngespinnst!“

CDU-MdB Axel Fischer hält Merkels Planvorgabe für unrealistisch

? Die deutsche Umwelthilfe, Hauptinitiator zahlreicher Fahrverbote in deutschen Städten, ist unter dem Denkmantel des Umwelt- und Verbraucherschutzes nichts anderes als ein Abmahnverein, der sogar nur geringe Formverstöße, zum Beispiel von Autohändlern, abmahnt. Auf dem Parteitag der CDU wurde eine Überprüfung der Gemeinnützigkeit der DUH beschlossen und Frau Kramp-Karrenbauer will überprüfen, ob der Verein weiterhin aus Bundesmitteln finanziell gefördert werden soll. Wie steht die Mehrheit der CDU/CSU-Fraktion zu Kramp-Karrenbauers Initiative –

„Ich habe große Sympathien für Ungarns Regierungschef Viktor Orbán“

zumal die FDP in eine ähnliche Richtung denkt?

Axel Fischer: Die Mehrheit der Unionsfraktion steht klar hinter den Beschlüssen des Bundesparteitages, die Gemeinnützigkeit der Deutschen Umwelthilfe zu hinterfragen. Mein Standpunkt ist klar: Die Deutsche Umwelthilfe muss die Gemeinnützigkeit aberkannt bekommen, weil sie nicht gemeinnützige sondern politische Ziele verfolgt. Hinzu kommt die von Ihnen angesprochene Tätigkeit als Abmahnverein, die mit Sicherheit nicht als gemeinnützig bezeichnet werden kann.

? Wie ist es dann zu erklären, dass der Wirtschaftsminister der Deutschen Umwelthilfe 800.000 Euro zur Verfügung gestellt hat?

Axel Fischer: Der Haushaltsausschuss hat die Vorgehensweise von Herrn Altmaier mit großem Missfallen zur Kenntnis genommen, weil diese Zahlung gegen den Willen des Haushaltsausschusses geleistet wurde. Wir haben Altmaiers Vorgehen dahingehend missbilligt, dass wir ihm die 800.000 Euro an anderer Stelle aus seinem Etat abgezogen haben. Genauer gesagt: im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit. Ich hoffe, dass Altmaier das Signal verstanden hat.

? Kramp-Karrenbauer hat nach dem sogenannten „Werkstattgespräch“ eine Grundüberprüfung des gesamten Migrationskomplexes angekündigt. Was im Einzelnen ist geplant?

Axel Fischer: Was Frau Kramp-Karrenbauer genau plant, entzieht sich meiner Kenntnis. Ich persönlich halte ein solches Vorhaben auch für unnötig, weil die Probleme bekannt sind. Es gilt vor allem, die Schlepperbanden zu bekämpfen. Zudem wissen wir um die Notwendigkeit, Migranten ohne Bleiberecht sowie straffällig gewordene Asylbewerber umgehend abzuschicken. Und wir wissen von der Blockadehaltung der Bündnisgrünen, Urlaubsländer wie Tunesien als sichere Herkunftsländer einzustufen. Kurzum: Es entzieht sich meiner Fantasie, was wir noch an neuen Erkenntnissen gewinnen könnten. Lassen Sie mich eins noch hinzufügen: Ich habe große Sympathien für Ungarns Regierungschef Viktor Orbán, der völlig zurecht die grüne Grenze schließen und die blaue Grenze offen lassen will, und somit eine legale Einreise ins Land ermöglicht und einer illegalen Einreise einen Riegel vorschiebt. Deshalb plädiere ich dafür, dass wir in Deutschland das Gleiche tun.

? Und warum wird Orbán auch von großen Teilen der CDU so bekämpft?

Axel Fischer: Orbán wird von den Gutmenschen bekämpft. In der CDU/CSU-Bundestagsfraktion genießt er bei einem großen Teil der Abgeordneten viel Sympathie. Ich darf daran erinnern, dass Volker Kauder in seiner Funktion als Fraktionsvorsitzender immer im Fraktionsvorstand darauf hingewiesen hat, dass Viktor Orbán seine europäischen Verpflichtungen ernst nimmt und es uns gut täte, unsere Verpflichtungen genauso ernst zu nehmen. Das war immer die Position von Volker Kauder und diese Position teile ich auch.

? Weiterhin schlägt Kramp-Karrenbauer eine Steuerreform für Unternehmen vor, um die Binnenkonjunktur und die Wettbewerbssituation zu stärken, indem die Abgabenlast für Betriebe verringert werden soll. Welche steuerpolitischen Reformen sollen als Erstes in Angriff genommen werden?

Axel Fischer: Der erste Schritt muss sein, den Solidaritätszuschlag komplett abzuschaffen. Eine teilweise Abschaffung wird auch von dem Bundesverfassungsgericht keinen Bestand haben. Viele meiner Kollegen im Finanzausschuss sehen das genauso.

? Bundeskanzlerin Angela Merkel hat die Planvorgabe gemacht, nach der bis zum Jahr 2020 eine Million Elektroautos in Deutschland zugelassen sein sollen. Experten nennen das völlig unrealistisch und führen den Merkelplan darauf zurück, dass sich die Kanzlerin, wie bei der Energiewende, auch hier den Grünen anbiedern will. Ihre Einschätzung?

Axel Fischer: Ich habe vor einigen Jahren im Forschungsausschuss die Bereiche Energieforschung, Klimaforschung, Umweltforschung und Verkehrsforschung für die Union gearbeitet. Aus meiner Erfahrung kann ich Ihnen sagen, dass die Planvorgabe von einer Million Elektroautos bis zum Jahr 2020 völlig unrealistisch ist. Ich möchte das an zwei Punkten erläutern. Erster Punkt: Wo wollen wir die Energie für eine Million Elektroautos hernehmen? Wir steigen aus der Kernenergie aus, wir wollen die Kohleverstromung abschaffen und wir schaffen es nicht, Speicherkapazitäten für regenerative Energieformen zu schaffen. Wir werden also nicht in der Lage sein, die Elektroautos mit der nötigen Energie zu versorgen. Punkt zwei: Die Frage nach der Batterieherstellung ist völlig ungelöst, weil wir die sogenannten „Seltene Erden“ in der notwendigen Größenordnung nicht beziehen können. Kurzum: Ich bezeichne die Wunschvorstellung nach einer Million Elektroautos bis

Zur Person

Axel Fischer MdB



MdB Axel Fischer (Jahrgang 1966) ist 1998 über die Landesliste Baden-Württemberg und danach stets als direkt gewählter Abgeordneter des Bundestagswahlkreises Karlsruhe-Land in den Bundestag eingezogen. Fischer ist seit 2009 Mitglied des Haushaltsausschusses und Berichterstatter der CDU/CSU-Fraktion für den Etat „Arbeit

und Soziales“, dem größten Einzeletat aller Ministerien. Darüber hinaus ist Axel Fischer Vorsitzender des Richtungsprüfungsausschusses, der für die Haushalts- und Wirtschaftsführung des Bundes zuständig ist.

Weiterhin ist Fischer stellvertretendes Mitglied im Auswärtigen Ausschuss, im Europaausschuss und im Ausschuss für Arbeit und Soziales. Zudem ist er Mitglied des Fraktionsvorstandes der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Von Mai 2010 bis April 2013 war der CDU-Politiker Vorsitzender der Enquete-Kommission „Internet und Digitale Gesellschaft“. In dieser Eigenschaft forderte er in einem Interview mit der „Badische Neueste Nachrichten“ und auf seiner Facebook-Seite ein „Vermummungsverbot“ im Internet, also eine Pflicht zur Klarnennung des Namens in ausnahmslos allen Internetforen. Im Gegenzug müsse – so Fischer weiter – ein „Radiergummi“ entwickelt werden, mit dem man Inhalte aus dem Internet löschen könne. Diese Forderung brachte Fischer sehr viel Kritik über den Blog-Dienst Twitter ein.

Der studierte Diplom-Ingenieur (Maschinenbau) ist verheiratet, Vater von sechs Kindern und Hauptmann der Reserve. Ehrenamtlich engagiert sich Axel Fischer unter anderem als Vorsitzender des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge und als Präsident der Weltliga für Freiheit und Demokratie (WLFD) sowie als Ehrenmitglied bei der Parlamentarischen Versammlung des Europarates. ■



zum Jahr 2020 als Hirngespinnst. Die Union wäre gut beraten, sich von dieser Idee zu verabschieden.

? Trotz sprudelnder Steuereinnahmen und der Nullzinspolitik der EZB wurde es nicht geschafft, die Schulden des Bundes nur minimal zurückzuführen. Stattdessen ist der Sozialhaushalt auf fast 30 Prozent der Wirtschaftsleistung explodiert. Eine Studie des BDI weist nach, dass die sogenannte Energiewende Deutschland bis zum Jahr 2050 mindestens 2,3 Billionen Euro kostet. Von den Kosten für die Merkelsche „Willkommenskultur“ ganz zu schweigen. Bei solchen Zahlen müssten Sie doch als Finanzexperte das Alarmsignal auf Rot stellen.

Axel Fischer: Bei Ihrer Aufzählung haben Sie bei der Energiewende den kürzlich beschlossenen Kohlekompromiss ausgelassen. Die hier angesetzten Kosten von 40

„Fakt ist, dass wir zukünftig viele Dinge im Sozialbereich nicht mehr finanzieren können“

Milliarden Euro erscheinen mir als viel zu gering beziffert, weil nicht vorausgesehen werden kann, wie sich die Energiekosten in den nächsten 10, 20 oder 30 Jahren entwickeln werden. Aber nicht nur aus diesem Grund geht bei mir das Alarmsignal auf Rot. Auf den explodierenden Sozialhaushalt habe ich schon in meiner letzten Haushaltsrede hingewiesen. Die Versprechungen, die wir gemacht und die Maßnahmen die wir getroffen haben, werden uns letztlich an die Wand drücken. Fakt ist, dass wir zukünftig viele Dinge im Sozialbereich nicht mehr finanzieren können. Wir haben schon jetzt den Etatentwurf für das Jahr 2019 mit einer „schwarzen Null“ nur hinbekommen, weil wir auf Rücklagen zugegriffen haben. Und die Aussichten für das nächste Jahr sind nicht besser, sondern eher schlechter. Ich kann nur allen Sozialpolitikern raten, schnellstens wieder zur Vernunft zu kommen.

? Im Jahr 2010 wurden Sie massiv dafür kritisiert, weil Sie ein „Vermummungsverbot im Internet“ gefordert haben. Es könne nicht sein, dass sich Bürger hinter selbstgewählten Pseudonymen verstecken und sich so der Verantwortung entzögen, war die damalige Begründung für Ihren Vorstoß. Wenn Sie die Entwicklung im Internet verfolgen, mit welchen Hasskommentaren zum Teil Andersdenkende überschüttet werden, sollte doch die Frage gestellt werden, ob Ihre Forderung aus dem Jahr 2010 heute nicht erst recht wieder auf die Agenda kommen muss.

Axel Fischer: Meine Forderung aus dem Jahr 2010 ist auch heute vom Inhalt her nach wie vor richtig und vernünftig. Würde ich sie heute erneut stellen, würde wahrscheinlich erneut ein Shitstorm über mich niederprasseln. Deshalb sage ich: Einmal reicht. ■



Mit Axel Fischer sprachen Hans-Peter Murmann...

...und Joachim Schäfer